



Rechts- und Justizreformen im Südkaukasus

Gelebte Justiz



Gelebte Justiz

Mit dem Zerfall der Sowjetunion standen Armenien, Aserbaidschan und Georgien vor der immensen Herausforderung, neue staatliche Strukturen zu bilden. Ein demokratischer Rechtsstaat mit marktwirtschaftlicher Orientierung ist das Ziel der drei Länder im Südkaukasus. Moderne staatliche Institutionen und ein funktionsfähiges Rechts- und Justizwesen sind jedoch die Voraussetzung dafür. Um Reformen auf den Weg bringen zu können und diese dann auch in die Praxis umzusetzen, bedarf es neben dem guten Willens umfangreicher Kenntnisse und Erfahrungen auf Seiten der Justiz. Aber auch die Öffentlichkeit muss das neue Recht kennen lernen. Denn die Folgen der Rechtsunsicherheit sind nicht nur für jeden einzelnen Bewohner verheerend – sie hemmen auch die wirtschaftliche Entwicklung der Länder gravierend.

Um dem Südkaukasus auf seinem Weg in die Moderne zur Seite zu stehen, unterstützt die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Justizministerien und Gerichte der drei Länder bei ihrer Arbeit. Das Ziel liegt auf der Hand: Eine höhere Rechtssicherheit für die Wirtschaft und die Bevölkerung sowie stärkere Kompetenzen auf Seiten der Justizorgane.

Um ein funktionierendes Rechts- und Justizwesen aufzubauen, ist nicht nur der Gesetzgeber gefragt, sondern sämtliche Mitarbeiter der Justiz und Verwaltung, die Privatwirtschaft genauso wie die Zivilgesellschaft. Allen Bürgern des Landes muss die rechtspolitische Situation bekannt sein und sie müssen sie aktiv leben. Aus diesem Grund setzt die GTZ auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig an. Sie arbeitet eng mit den Gesetzgebungsgremien zusammen, berät diese und unterstützt sie bei der Gestaltung von Zivil- und Verwaltungsgesetzen. Damit die Gesetze nicht nur auf dem Papier existieren, überprüfen eigens eingerichtete Arbeitsgruppen ihre Anwendung in der Praxis und passen sie gegebenenfalls an.



Nicht nur die Gesetze müssen stimmen, auch das zuständige Personal muss über das notwendige Know-how verfügen. Deshalb arbeiten die GTZ-Experten intensiv mit Richtern, Anwälten und Verwaltungsbeamten zusammen. In Schulungen, Seminaren und auf Informationsreisen nach Deutschland erleben diese die deutsche Praxis mit eigenen Augen. In regelmäßigen, länderübergreifenden Konferenzen oder Workshops tauschen die Rechtsanwender aus den drei Ländern ihre Erfahrungen aus. Das Interesse an den Lösungen in den Nachbarstaaten ist groß, denn die Herausforderungen sind die gleichen. So verwundert es auch nicht, dass die meisten Fragen bei diesen Veranstaltungen nicht an die Experten aus Europa, sondern an die Teilnehmer der Nachbarländer gehen.

Informationsreisen hochrangiger Entscheidungsträger zu konkreten Fachthemen nach Deutschland vermitteln diesen gelebte Justizpraxis und fördern sowohl den Dialog untereinander als auch mit den deutschen Partnern. So reisten 2007 die Präsidenten der Verfassungsgerichte gemeinsam nach Deutschland und besuchten neben dem Bundesverfassungsgericht auch das Bundesjustizministerium. Am Ende verständigten sie sich über eine gemeinsame Folgekonferenz zu aktuellen Herausforderungen der Verfassungsgerichtsbarkeit im Südkaukasus. Gemeinsame Hospitationen von Richtern in Deutschland dienen dem gleichen Zweck: Sie veranschaulichen die dortige Arbeitsweise, die die Richter dann auf ihre eigene Arbeit übertragen können.

Ferner veröffentlicht die Justiz mit Hilfe des Projektes Entscheidungen von Obersten Gerichten und Verfassungsgerichten. Juristische Kommentare und Fachartikel erscheinen in den Medien, so dass sich jeder Bürger über die Rechtsgeschehnisse in den Ländern informieren kann.

Das neue Rechtssystem ist vielen Einwohnern noch nicht vertraut. Informationshefte zu alltäglichen Rechtsproblemen, TV-Spots und Radiosendungen sowie kostenlose Rechtsberatungen beziehen die Menschen im Südkaukasus stärker in den neuen Rechtsstaat ein, sorgen für mehr Transparenz und kräftigen die demokratischen Strukturen.

Erfahrung nutzen

„Seit wir die Entscheidungen des Obersten Gerichts in Aserbaidschan veröffentlichen, ist das Vertrauen der Bevölkerung in unser Gericht deutlich gestiegen“, freut sich Herr Mamedov. Außerdem wird die Rechtssprechung vorhersehbarer. Die unteren Gerichte kennen die Rechtsauffassungen des Obersten Gerichtes und auch die Parteien können sich darauf einstellen. „Bei den GTZ-Veranstaltungen haben uns die vielen positiven Berichte der Kollegen aus den anderen Ländern über die Veröffentlichung von Urteilen wirklich motiviert, das auch bei uns einzuführen“, meint Mamedov. Auf der Internationalen Richterkonferenz 2003 wurde dann eine gemeinsame Erklärung aller Teilnehmer aus dem Südkaukasus formuliert, die die Veröffentlichung von Entscheidungen der höchsten Instanz forderte. Inzwischen ist dies Standard: Alle Staaten des Südkaukasus veröffentlichen ihre Entscheidungen und sorgen so für mehr Transparenz in der Justiz.





Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

- German Technical Cooperation -

GTZ Regional Office South Caucasus
4 Elene Akhvlediani Agmarti
0103 Tbilisi, Georgia

T +995 32 201800
F +995 32 201801
E Gabriele.Boehringler@gtz.de
I www.gtz.de